

An die kommunalpolitischen Bündnisse

An die Koordinierungsgruppe

### **Bericht Treffen der Koordinierungsgruppe am 31. 1. 2010, 14.30-18.00 Uhr in Essen**

Teilnehmer: G. Duve, B. Jacobs, W. Engelhard und B. Keil von der KOG (die anderen Mitglieder waren krank) sowie Vertreter aus Solingen, Essen und Herten. Auf kritische Hinweise hin wurde festgelegt, die konkrete Vorbereitung des nächsten Kommunalpolitischen Ratschlags mehr in den Mittelpunkt zu rücken, mit der geplanten Diskussion zu verbinden und Eckpunkte direkt vorzuschlagen bzw. festzulegen.

#### **1. Widersprüchliche politische Entwicklung als Rahmen für die Entwicklung der Arbeit der Bündnisse und der Koordinierung nach der Kommunalwahl**

Der Widerspruch wurde herausgearbeitet zwischen einerseits der tiefsten wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus, die mit der politischen Krise des Systems schwanger geht, und den weiter anhaltenden krisendämpfenden Maßnahmen der Regierung, um den schwachen Rückhalt unter der Bevölkerung nicht (so schnell) zu verlieren und eruptiven Protesten und Kämpfen vorzubeugen, was auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Auch in den Kommunen wirken beide Seiten dieses Widerspruchs. Einerseits reden Spitzenverbände selbst von „existentieller Krise der Städte“, nachdem z.B. 2009 die Gewerbesteuer um 18 Prozent, in einzelnen Städten bis zu 50 Prozent eingebrochen ist, und die Kassenkredite explodieren auf inzwischen ein Drittel der gesamten kommunalen Verschuldung, um den Verpflichtungen bei in der Krise steil ansteigenden „Sozialausgaben“ nachzukommen.

Das führt zu einer „diffusen“ Situation wie in Gelsenkirchen, wo wie überall der angebliche „Sparzwang“ beschworen wird und harte „Konsolidierungsmaßnahmen“ angekündigt werden, und der OB zugleich von „genug gespart“ redet und einen vollständigen Kahlschlag ablehnt. Das ändert aber nichts an dem Problem, wie die fehlenden Riesensummen wieder bei den Bürgern reingeholt werden müssen. Allein mit der Steuerentlastung durch die Berliner Regierung fehlen den Kommunen weitere 3,6 Mrd. Die Städte sind verpflichtet zum „Sparen“, Streich- und Kürzungspläne wie in Wuppertal zeigen, wie sie mit diesem Spagat umgehen wollen. Dort, oder auch in Sindelfingen, in Stuttgart (21) wächst der Widerstand der Bürger. In Solingen sind alle Ämter auf Einsparvorschläge verpflichtet, wie in Essen soll dort mit dem Betrug einer „bürgerorientierten Konsolidierung“ („Bürgerhaushalt“ wird das inzwischen nicht mehr genannt) die Bevölkerung eingebunden und ausgerichtet werden auf den angeblichen Sparzwang auf ihre Kosten. Dort wie auch anderswo bilden sich schnell Bürgerinitiativen, meist gegen bestimmte Maßnahmen, die unsere Bündnispolitik und Überzeugungsarbeit herausfordern.

In Bergkamen ist der Haushalt mitsamt HSK („Haushaltssicherungskonzept“) eingebracht, das Land strebt dort über den Regierungspräsidenten (in Essen ist das schon vor der Haushaltsaufstellung so festgelegt) mehr Einfluss, besser das „Diktat“ über die sog. „Spar“anstrengungen an. Ähnlich wie in Essen will die SPD lieber „selber sparen“, den „wenigen Spielraum nutzen“, gaukelt den Menschen vor, das würde vom Land honoriert. Dazu gehören nicht nur in Essen Pläne, die städtischen Beschäftigten radikal abzubauen

Ob und wie sich die kommunalpolitischen Kräfte diesem „Sachzwang“, der in Wahrheit eine immense Umverteilung von unten nach oben darstellt, anpassen oder gar beugen, ist eine Kernauseinandersetzung für die alternative Stadtpolitik. Die Linken in GE, E und SG bewegen sich zunehmend, nicht ohne interne Widersprüche, in diese Richtung und meiden die grundsätzliche Auseinandersetzung. Diese muss von der alternativen Kommunalpolitik offen geführt werden, dass es nicht um Sparen geht – schon den Begriff sollten wir meiden - sondern um

eine Umverteilung gegen die Bevölkerung zum Nutzen von Konzernen und Banken. Und dass eine radikale Entschuldung nötig ist, die nicht an örtliche „Sparerfolge“ auf Kosten der Menschen gebunden sein darf. So sehen es Pläne des „Bündnisses Raus aus den Schulden“ (das sind 19 gebeutelte Ruhrgebiets- und bergische Städte/OBs) vor, z.B. mit einer „Entschuldungsabgabe“ der Bürger durch Erhöhung der Grundsteuer B. Notwendig ist eine Finanzreform nach den Bedarfen der Städte, nicht der Banken. Diese in Verbindung mit einem Zinsmoratorium zu fordern, und den konkreten Kampf gegen die Abwälzung der kommunalen Finanzkrise auf die Einwohner zu organisieren, muss die Vernetzung der alternativen Kommunalpolitik fördern.

Die Diskussion zeigte, dass die Gemeindefinanzen und ihre Auswirkungen auf Leben und Kampf in den Städten auch den Schwerpunkt des Ratschlags bilden werden. Dabei müssen die Hauptverantwortlichen, die Konzerne und Banken ins Visier genommen werden, die in der gegenwärtigen Auseinandersetzung ausgeblendet werden. Durchblick und Fakten sind dabei wichtig, z.B. auch über die Rolle der Neuen Kommunalen Finanzreform (NKF), die die Verschuldung an das Aufbrauchen des sog. Eigenkapitals der Städte bindet und ihnen damit zunehmend die Handhabe beim städtischen Haushalt nimmt. Aber entscheidend wird sein, wie es in dieser Lage gelingt, den organisierten Zusammenschluss zu fördern. Kürzungen werden unweigerlich kommen, aber auch der Widerstand.

## **2. Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bürger der Kommunen – wie soll der Kommunalpolitische Ratschlag erfolgreich durchgeführt werden**

Einheit wurde erzielt, dass der Ratschlag unter ein politisches **Motto** gestellt werden soll, um über den internen Austausch hinaus Anziehungskraft auf neue Kräfte zu gewinnen, weil die Bedeutung überregionaler Arbeit und ihrer Koordinierung in der jetzigen Ausgangslage wächst. Auch der Städtetag gibt sich für seine Tagungen ein Kernthema.

Eine grobe thematische **Gliederung** wird sein: Stand und Entwicklung der Gemeindefinanzen – Folgen für die Bevölkerung und der Kampf gegen die Anwälzung der Krisenlasten – Lage und Kampf der kommunalen Beschäftigten (insgesamt und in zu schließenden Einrichtungen). Politisch gehört auch dazu der teils offene Wahlbetrug wie der SPD bei Bäderschließung in Essen, gehören gemeinsame Forderungen der alternativen Kommunalpolitik, gehören auch antifaschistische Aufgaben vor allem in NRW dazu.

Zum Ratschlag gehört auch, die **neuen Erfahrungen** der alternativen kommunalpolitischen Arbeit zu bewerten: Kaum noch Fraktionen mit den entsprechenden Möglichkeiten - zwar Stärkung im Wahlkampf, aber seitdem (auch als Wirkung der Krisendämpfung) weniger Aktivitäten und Mitstreiter schwerer zu mobilisieren – Rückwirkung auch auf unsere Koordinierung, die den Anforderungen noch nicht entspricht. Dazu wurde der Vorschlag angenommen, dass die KOG sich **öfter trifft** als vierteljährlich, um die „Alltagsfragen“ kontinuierlicher zu besprechen und auszutauschen.

Auch die **Homepage** genügt noch nicht den Anforderungen, in ihr drückt sich neben dem Problem der „Pflege“ der Seite auch aus, dass die Bündnisse/Akteure zu sehr jeder für sich arbeiten. Dass sie neu erarbeitet wurde, war ein Fortschritt, der jetzt stockt, weil es keinen gibt, der sich wirklich um sie kümmern kann. Hier sollen Fragen der Ausbildung und vielleicht auch bezahlter Hilfe weiter verfolgt werden. Zur Beschickung sollen auch Beiträge von den websites der Bündnisse herangezogen werden, über die Verlinkung zu ihnen hinaus.

### **Weitere Festlegungen/Vorschläge zum Ratschlag:**

Als **Termin** ist **Samstag, 19. Juni** einvernehmlich festgelegt. Wir bitten um Rückmeldung, wenn es schwerwiegende Einwände gegen diesen Termin gibt, sonst bleibt es dabei. Nur im Notfall käme der Samstag eine Woche später in Betracht.

Zur **Dauer** wird die Durchführung an **einem Tag** befürwortet, aus der Erfahrung, dass dafür besser Teilnehmer mobilisiert werden können. Evtl mit der Option einer NRW-weiten Beratung zu landestypischen Fragen alternativer Kommunalpolitik am zweiten Tag. Auch zur Frage der Dauer bitten wir um Hinweise und Vorschläge.

Zur **Struktur** wird bei eintägiger Dauer festgehalten, dass Arbeitsgruppen inhaltlich und organisatorisch nicht sehr effektiv sind. Es soll deshalb besser **2-3 Themenblöcke** im Plenum geben entsprechend dem Motto/der Gliederung. Dazu sollen **Referenten** eingeladen werden, evtl auch bekanntere, aber auch aus dem Widerstand wie z.B. Stuttgart 21. Ob auch eine Podiumsdiskussion gemacht werden soll oder v.a. offene Plenumsdiskussionen, muss noch konkreter überlegt werden. Zu beachten ist, dass Raum bleibt für den **Tätigkeitsbericht** der Koordinierungsgruppe und ihre Neuwahl. Wir bitten um Beratung in den Bündnissen und Rückmeldung, ob aus ihren Reihen sich jemand melden möchte für die Koordinierungsgruppe, die dringend verstärkt werden muss.

Ob abends ein **Fest** organisiert wird, ist noch nicht vereinheitlicht. Das Hauptbedürfnis der Teilnehmer ist sicher das gegenseitige Kennenlernen und der Erfahrungsaustausch, dafür sollte z.B. auch mit gemeinsamem Abendessen und danach auf alle Fälle Raum sein. Eine weitere Idee ist, ein Angebot zum Besuch z.B. des Ruhrmuseums im Rahmen der „Kulturhauptstadt“ zu machen, oder im Rahmen der „Extraschicht“ im Ruhrgebiet, die am 19.6.durchgeführt wird. Auch hierzu freuen wir uns über Meinungen dazu.

Der Kommunalpolitische Ratschlag wird in **Bergkamen in der „Ökostation des Kreises Unna“** durchgeführt. Das ist ein modernes kleineres Tagungszentrum, ohne eigene Bewirtung. Dabei wird uns das Bündnis „BergAUF Bergkamen“ unterstützen und auch die Mietkosten tragen – herzlichen Dank! Für DB-Anreisende wird ein „shuttle“ organisiert, da es keine direkte ÖPNV-Anbindung gibt. In Fußgängerentfernung ist auch ein neu gebautes Gästehaus zu JH-Preisen.

Es soll bald ein **Aufruf zum kommunalpolitischen Ratschlag** erstellt werden als flyer, der in der Arbeit eingesetzt werden kann zur Werbung und Mobilisierung für den Ratschlag am Ort, auch für evtl. Referenten, und für die Stärkung der Koordinierungsgruppe. Ein Vorschlag dazu samt Motto wird zeitnah erfolgen.

### **3. Förderung eines kommunalen Pilotprojekts nachhaltiger Kreislaufwirtschaft mit der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz**

Ein Vertreter der Bürgerbewegung konnte nicht teilnehmen. In den Bündnissen sind Forderungen gegen MVAs und für Kreislaufwirtschaft aufgestellt, wurden teils Anträge eingebracht, Beiträge gehalten und auch die Zusammenarbeit mit der Bürgerbewegung gesucht. Ein aktuelles konkretes Projekt in der Richtung gibt es nicht. Einheit bestand, den Kampf gegen MVAs und für nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu beleben. B. Keil soll sich mit der Bürgerbewegung absprechen und das vorgesehene Arbeitstreffen mit ihr vorbereiten und einladen zum kommunalpolitischen Ratschlag.

Das <b>nächste KOG-Treffen ist am Mittwoch, 3. März, 18.00 Uhr</b> , wieder in Essen, im Büro „Essen steht AUF“.
--

Herzliche Grüße!

Koordinierungsgruppe/Billy Keil